



NIEDERSCHRIFT

über die 26. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 20.03.2012,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:02

Ende: 20:17



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

ab 18.15 Uhr TOP 9 ö.S.

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio



Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer
Bürgermeister

Thomas Hirsch



Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Jürgen Bibus

(Personal- und Organisationsabteilung)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Peter Kaiser

(Stadtbauamt)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Matthias Schmauder

(Geschäftsführer Landesgartenschau 2014 GmbH)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Rudolf Boesche

(Ortsvorsteher Wollmesheim)

Michael Niedermeier

(Kämmereiabteilung)

Olav Perschmann

(Vorsitzender Personalrat)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat für Migration und Integration)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Abwesend

SPD



Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

entschuldigt

Magdalena Schwarzmüller

entschuldigt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende informierte, dass der Beirat für Migration und Integration sich derzeit an den Wochen gegen Rassismus beteilige. Gemeinsam mit allen Fraktionen habe man am 16. März dem Jahrestag der Bombardierung Landaus gedacht und damit ein Zeichen gegen den Aufmarsch der Nazis gesetzt. Landau sei eine offene Stadt der Menschlichkeit und Toleranz, in der Menschen aus 110 Nationen friedlich zusammen leben.

Der Beirat habe den Stadtvorstand gebeten, zu Beginn der heutigen Sitzung den Menschen zu gedenken, die Opfer rechtsextremer Gewalt wie beispielsweise durch die Zwickauer Terrorzelle geworden seien. Mit Abscheu setze man ein klares Zeichen des Widerstandes gegen jedes rechtsextremistisches und auch linksextremistisches Gedankengut.

Die Mitglieder des Stadtrates erhoben sich zum Gedenken an die Opfer rechtsextremer Gewalt von ihren Plätzen zu einer Schweigeminute.

Der Vorsitzende teilte mit, dass ab 1. April 2012 Herr Michael Niedermeier neuer Leiter der Pressestelle werde.

Herr Niedermeier stellte sich den Mitgliedern des Stadtrates kurz vor.

Der Vorsitzende bat darum, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um die Sitzungsvorlage „Geländeerwerb Bebauungsplan D 10 Froschau“ als neuen Punkt 4 zu erweitern.

Ratsmitglied Marquardt teilte mit, dass der Ortsbeirat Queichheim die kurzfristige Behandlung dieses Punktes am Vortag abgelehnt habe. Er sei der Meinung, dass vor einer Abstimmung im Stadtrat der Ortsbeirat gehört werden müsse und sei daher gegen die Ergänzung der Tagesordnung.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Ortsbeirat die Gelegenheit gehabt habe, die Vorlage zu behandeln. Er habe davon keinen Gebrauch gemacht. Daher sei der Stadtrat nicht gehindert, heute abschließend zu entscheiden, zumal hier Eilbedürftigkeit bestehe.

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung mehrheitlich mit 36 Ja- und 3 Nein-Stimmen zu.

Ratsmitglied Dr. Migl bat die Tagesordnung um einen Bericht zu den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Trier gegen Herrn Schmauder zu erweitern.

Der Vorsitzende erwiderte, dass er eh vorhabe bei Tagesordnungspunkt 16 „Controllingbericht“ zu berichten, aber nur das was in öffentlicher Sitzung gesagt werden könne.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde



2. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Frau Lore Herberger
3. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Jochen Wetter
Vorlage: 100/057/2011
4. Neubesetzung von Ausschüssen; Wahl eines Mitgliedes in den Stadtrechtsausschuss
Vorlage: 101/144/2012
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Bericht über Maßnahmen bei schädlicher Strahlenbelastung
Vorlage: 101/143/2012
6. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Resolution zur beabsichtigten Kürzung der Solarförderung
Vorlage: 101/145/2012
7. Stadt Landau in der Pfalz; Leitlinie zur guten Unternehmensführung (Public Governance Kodex)
Vorlage: 100/050/2011
8. Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 230/097/2012
9. Bebauungsplan C 33 "Am Bürgergraben" der Stadt Landau in der Pfalz, Aufstellungsbeschluss, (Gebiet in der Gemarkung Landau, östlich der Luitpoldstraße, südlich der Konrad-Adenauer Realschule Plus und westlich der Fortstraße)
Vorlage: 610/153/2012
- 9.1. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Bürgergraben
Vorlage: 101/142/2012
10. Anordnung des Umlegungsverfahrens zum Gewerbegebiet "Froschau" der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 620/004/2012
11. 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächen-entwässerung im Bereich von Verkehrsanlagen im Stadtteil Godramstein
2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauraufwand
Vorlage: 680/036/2012
12. 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächen-entwässerung im Bereich der Lerchenstraße im Stadtteil Dammheim
2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauraufwand
Vorlage: 680/037/2012
13. 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächen-entwässerung im Bereich der Verkehrsanlage Geißelgasse im Stadtteil Nußdorf
2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauraufwand
Vorlage: 680/038/2012



14.
 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächen-entwässerung im Bereich der Verkehrsanlage Landauer Straße (L 510) im Stadtteil Wollmesheim
 2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauaufwand

Vorlage: 680/039/2012

15.
 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächen-entwässerung im Bereich der Verkehrsanlage Landwehrstraße in Landau in der Pfalz
 2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauaufwand

Vorlage: 680/040/2012

16.
 3. Controllingbericht/Sachstandsbericht zur Stadtentwicklung Süd

Vorlage: 200/075/2012

17. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Schmitt wollte wissen, ob mittlerweile Gespräche mit den Bewohnern des Bürgergrabens geführt worden seien.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man mit den Anwohnern im Gespräch gewesen sei. Alles andere, was öffentlich kommuniziert werde, entspreche nicht der Wahrheit. Von den 5 betroffenen Mietparteien würden sich 2 Parteien mit auf den Weg machen. Hier werde man einvernehmliche Lösungen finden. Wer sich der Entwicklung, trotz eines Angebotes vehement entgegenstelle, müsse dann auch mit den Konsequenzen leben.

Eine Bürgerin erkundigte sich nach dem anderen Teil des Bürgergrabens, in dem sie mit ihrem Mann und ihrer Tochter lebe. Sie wolle wissen, wie lange dieser noch bestehen bleibe.

Der Vorsitzende erwiderte, dass er keinen festen Zeitraum für den Bestand versichern könne, dies wäre unseriös. Er könne aber ganz klar sagen, dass es derzeit keine Absicht und auch keine Planung für eine andere Verwendung dieses zweiten Abschnitts des Bürgergrabens gebe.

Ein Bürger entgegnete, ob der Oberbürgermeister für beispielsweise 20 Jahre die Zusicherung machen könne, dass dort nichts passiere.

Der Vorsitzende machte nochmals deutlich, dass es sich hier noch um relativ neue Häuser handle. Es gebe keine Absicht, dort etwas zu tun.

Herr Dr. Strack sprach den Bereich Kunst auf der Landesgartenschau an. Er wolle wissen, warum die Stadt den Betrag von 1 Million Euro vom Land für Kunst und Kultur bei der Landesgartenschau nicht in Anspruch genommen habe. In Koblenz und Bingen sei dies auch so geschehen.

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass es sich in Koblenz um eine Bundesgartenschau gehandelt habe, für die andere Kriterien gelten wie für eine Landesgartenschau. In Bingen sei Kunst ganz überwiegend von einem privaten Sponsor gemacht worden. Man sei aber in Gesprächen mit dem Kunstverein und der Universität, um zu klären wie man Kunst auf der Landesgartenschau präsentieren könne. Zur Frage, ob das Land Geld zur Verfügung stelle, werde man das prüfen und eine schriftliche Antwort übermitteln.

Herr Dr. Strack wollte wissen, ob es Überlegungen gebe, was man zu „150 Jahre Santa Claus“ im Hinblick auf eine Figur oder ähnliches unternehmen könne.

Der Vorsitzende informierte, dass derzeit eine Ausschreibung für ein Kunstwerk zu Thomas Nast laufe. Dies müsse nicht zwangsläufig etwas mit Santa Claus zu tun haben. Hier sei auch hinsichtlich der Finanzierung der Thomas-Nast-Verein eingebunden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Frau Lore Herberger

Der Vorsitzende würdigte Frau Lore Herberger für ihre Verdienste im gesellschaftlichen Bereich. Sie sei seit 65 Jahren ehrenamtlich tätig. Als Chorsprecherin sei sie von 1972 bis 2004 insgesamt 32 Jahre „Mädchen für alles“ gewesen. 30 Jahre war sie Mitglied des Presbyteriums der Stiftskirchengemeinde und habe sich in dieser Zeit in vielfältiger Weise engagiert. Die Leitung von Kindergottesdiensten, die Vorbereitung und Durchführung der Bibelwochen, das jährliche Osterfrühstück, die Senioren-Theatergruppe und der wöchentliche Dienst bei der „Offenen Stiftskirche“ wolle er nur beispielhaft erwähnen. Darüber hinaus betreue sie zwei alte Damen im Bethesda. Ihr Antrieb sei die Überzeugung, dass Christsein Engagement und Einsatz für andere bedeute. „Dinge können warten, Menschen nicht“ sei dabei ihr Leitmotiv. Frau Herberger sei mit dem „heilsamen Bazillus des Ehrenamtes infiziert. Durch ihr Wirken gebe sie unserer Stadt ein menschliches Antlitz. Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung ihrer außergewöhnlichen gesellschaftlichen Verdienste um die Stadt Landau.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Frau Herberger die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Frau Herberger bedankte sich für die Ehrung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Jochen Wetter

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 14. Februar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Herrn Jochen Wetter, Löhlnstraße 2, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung seiner ehrenamtlichen Verdienste im sportlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen; Wahl eines Mitgliedes in den Stadtrechtsausschuss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 8. März 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt Frau Roswitha Paulsen, Mozartstraße 88 e, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Stadtrechtsausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Bericht über Maßnahmen bei schädlicher Strahlenbelastung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 6. März 2012, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Die Atomkatastrophe vor einem Jahr in Fukushima habe ein Umdenken in Deutschland bewirkt. Dieses Umdenken führe zu einem Weg ohne Atomenergie. Nicht überall in Europa würden aber Reaktoren abgeschaltet. Es gebe leider noch immer eine Anzahl von Unsicherheitsfaktoren. Hierzu gehöre insbesondere das AKW Cattenom, dem Problembär unter den AKW's in Europa. Es gebe dort immer wieder Störfälle und Probleme. Im Falle eines größeren Unglücks seien 180 Kilometer keine große Entfernung. Im Landtag von Rheinland-Pfalz würden zwei Anträge beraten mit der Forderung zur Abschaltung des AKW's in Cattenom. Mit dem Antrag gehe es darum, den Rat und die Bevölkerung zu informieren wie man in Landau mit einem Ernstfall, den sich niemand wünsche, umgehen und was dann im einzelnen passieren würde. Hierzu sei eine Anhörung im Rat eine gute Gelegenheit.

Der Vorsitzende stellte zunächst fest, dass im Falle eines solchen Ernstfalles nicht die Stadt, sondern die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion zuständig sei. Es sei daher von der ADD ohnehin für dieses Jahr am 1. September eine sogenannte „Notfallstation“, also eine Notfallübung vorgesehen. Hierzu lade er den Rat herzlich ein. Dabei werde der Ernstfall geprobt.

Ratsmitglied Morio erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion dem Antrag auf Anhörung zustimmen werde. Es gehe heute darum über die Einzelheiten zu reden, wann und in welchem Rahmen man diese Anhörung mache.

Ratsmitglied Schröer unterstütze den Antrag ebenfalls. Eine Notfallübung sei eine Sache und sicher als praktische Übung auch sinnvoll. Genauso wichtig sei aber auch die Information der Bürger, wie sich diese zu verhalten hätten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle den Antrag ergänzen. Neben den im Antrag genannten Stellen sollten im Hinblick auf das AKW Philippsburg auch das Umweltministerium Baden-Württemberg oder der Kernkraftwerksbetreiber in Philippsburg oder das Bundesamt für Strahlenschutz eingeladen werden.

Der Vorsitzende schlug vor, die Einzelheiten zur Anhörung in der nächsten Sitzung des Ältestenrates zu besprechen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

eine Anhörung der für den Katastrophenschutz zuständigen Organisationen Feuerwehr, THW, DRK, Ordnungsamt, Polizei und ADD sowie des Umweltministeriums Baden-Württemberg, dem Bundesamt für Strahlenschutz oder den Kernkraftwerksbetreiber in Philippsburg über geplante, erforderliche Maßnahmen bei schädlicher Strahlenbelastung. Die Anhörung soll in öffentlicher Stadtratssitzung stattfinden. Zur Besprechung der Einzelheiten wird der Antrag in den Ältestenrat verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Resolution zur beabsichtigten Kürzung der Solarförderung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 11. März 2012, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Die Fotovoltaik sei eine der tragenden Säulen der Energiewende in Deutschland. In den letzten 3 Jahren sei die Einspeisevergütung um mehr als die Hälfte abgesenkt worden. Die von der Bundesregierung geplante Änderung des Erneuerbaren Energiegesetzes gefährde die Planungssicherheit. Eine tragfähige Finanzierung von Fotovoltaikprojekten sei nicht mehr gegeben. Diese von seiner Fraktion vorgelegte Resolution solle Ausdruck der politischen Willensbildung des Rates sein. Er hoffe auf eine breite Zustimmung, um ein deutliches Signal an den Bundestag zu senden.

Ratsmitglied Morio betonte, dass die CDU-Stadtratsfraktion in der Sache entscheiden werde und nicht durch die Parteibrille. Die von der Bundesregierung geplante Kürzung der Solarförderung könne man mit guten Gründen begrüßen, aber mit ebenso guten Gründen auch ablehnen. Wenn man hier von einer Gefährdung der Energiewende spreche, könne man auch erörtern ob diese nicht auch auf einer anderen Ebene gefährdet sei. Er denke hier an die steuerliche Förderung von energetischen Maßnahmen zur Gebäudesanierung. Der Entwurf sehe vor, dass energetische Maßnahmen an Wohngebäuden künftig steuerlich über einen Zeitraum von 10 Jahren mit jährlich 10 % absetzbar sein sollen. Dieses Gesetz befinde sich auf Antrag der SPD-geführten Länder im Vermittlungsausschuss. Trotz mehrfacher Bemühungen finde der Vermittlungsausschuss keine Lösung, da die SPD-Länder blockieren. Mit dem Gesetz könnte das Sanierungstempo im privaten Wohnungsbau erhöht werden. Die CDU beantrage daher, die Resolution dahingehend zu ergänzen, dass das Land aufgefordert wird, seinen Widerstand gegen das Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Maßnahmen zur Gebäudesanierung aufzugeben. In diesem Sinne werde die CDU-Stadtratsfraktion der Resolution mehrheitlich zustimmen.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion ebenfalls zustimmen werde. Die Solarenergie sei ein wichtiger Baustein für die Energiewende. Man müsse weiter mit Solarenergie arbeiten und die Netzwerke ausbauen. Es sei erwiesen, dass die Solarförderung eine Erfolgsgeschichte sei. Der Mittelstand, der davon profitiere, müsse langfristig planen können. Im Vergleich zu den Kosten der Atomenergie sei die Solarförderung Peanuts.

Ratsmitglied Freiermuth entgegnete, dass er es dahingestellt lasse, ob die Solarförderung Peanuts sei. Es gebe durchaus auch berechtigte Kritik an der Solarförderung. Bezogen auf die Förderung halte sich die Solarenergie in Deutschland durchaus in Grenzen. Die Rückführung der Förderung habe bei den Handwerkern doch nicht zu den erwarteten Einbrüchen geführt. Er sei auch gespannt wie hier in Landau die Energie Südwest mit dieser neuen Entwicklung umgehe. Die FWG-Stadtratsfraktion werde nicht einheitlich damit umgehen.

Ratsmitglied Silbernagel hielt es für den richtigen Zeitpunkt, die derzeitige Überförderung der Solarenergie in den Griff zu bekommen. Die Mehrheit der Förderung von erneuerbarer Energie gehe in die Solarförderung, obwohl deren Anteil an der Stromproduktion nur 3 % betrage. Jeder Stromkunde zahle über seine Rechnung die Solarförderung mit. Hier müsse man umdenken. Die Solarförderung treibe die Strompreise in die Höhe. Diese vorgelegte Resolution sei reiner Lobbyismus der SPD, die damit die Solarindustrie unterstütze, die längst von gigantischen Unternehmen aus den USA und China beherrscht werde. Im übrigen sei die beste Energie die Energie, die gar nicht gebraucht werde. Strom müsse für die Bürger noch bezahlbar bleiben. Die FDP-Stadtratsfraktion lehne die Resolution ab.



Ratsmitglied Marquardt stimmte der Auffassung von Frau Schröder zu, dass die Subventionen für die Solarförderung Peanuts seien im Vergleich zum Atomstrom. Es gebe aber auch Auswüchse dahingehend, dass landwirtschaftliche Produktionsflächen für solche Anlagen missbraucht würden. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Resolution zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte zum Ergänzungsantrag der CDU, dass das Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Maßnahmen zur Gebäudesanierung nicht umsonst im Vermittlungsausschuss sei. So wie das Gesetz ausgelegt sei, wären 60 % der Steuerausfälle von den Ländern und Kommunen zu tragen. Es sei daher keine Blockadehaltung, sondern das Bemühen, dass ein kluges Ergebnis herauskomme. Es gehe um die gerechte Verteilung der Lasten. Er schlage vor, die Resolution so zu ergänzen, dass man Bund und Länder auffordere, zu einer Lösung zu kommen, die nicht zur zusätzlichen Belastung der Kommunen führt.

Ratsmitglied Kautzmann würde es begrüßen, wenn man die beiden Vorschläge zusammenführen könnte. Bei der Sitzung des Oberrheinrates am 19. März 2012 habe das Öko-Institut Freiburg genau zu dieser Frage referiert und deutlich gemacht, dass Energieeinsparung durch energetische Sanierungsmaßnahmen deutlich wichtiger sei als die Solarenergie. Das Öko-Institut habe weiter klar gemacht, dass der technische Fortschritt bei der Solarenergie dermaßen rasant sei, dass der kurzfristige Bruch durch die Kürzung der Förderung sehr schnell aufgeholt sei.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass man sich einig sei, dass man regenerative Energien aufbauen wolle. Es sei aber eindeutig, dass Solarenergie die ineffizienteste regenerative Energie sei. Die Effizienz von Dämmung sei 5 mal höher als Solarstrom.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja-, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

eine Resolution zu der von der Bundesregierung beabsichtigten Kürzung der Solarförderung und zum Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Maßnahmen zur Gebäudesanierung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Stadt Landau in der Pfalz; Leitlinie zur guten Unternehmensführung (Public Governance Kodex)

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 23. Februar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage.

Ratsmitglied Schröer regte an, noch eine Quote für Bürger mit Migrationshintergrund aufzunehmen.

Bürgermeister Hirsch schlug vor, dies als Protokollnotiz mit aufzunehmen.

Ratsmitglied Dr. Leydecker sah in dem vorliegenden Kodex ein bürokratisches Monstrum, dem er nicht zustimmen werde.

Herr Tas würde es begrüßen, wenn man die Anregung von Frau Schröer noch aufnehmen könnte. Dem Beirat für Migration und Integration sei es sehr wichtig, auch im Zuge des Integrationskonzeptes, dass die Verwaltung mehr für Menschen mit Migrationshintergrund geöffnet werde. Dies sollte sich auch in Stellenausschreibungen bemerkbar machen, in dem man den Satz reinschreibe, dass Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund gewünscht seien.

Bürgermeister Hirsch schlug vor, in den Kodex einzuarbeiten, dass man die Förderung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund positiv sehe. Bei Stellenausschreibungen müsse man sehen, ob dies rechtlich zulässig sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja-, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

- 1. Der Stadtrat stimmt der vorliegenden Leitlinie zur guten Unternehmensführung für die Stadt Landau in der Pfalz zu. Die Leitlinie gilt auch für alle zukünftigen Beteiligungen der Stadt Landau in der Pfalz.**
- 2. Diese Leitlinie gilt nicht für die Energie Südwest AG und das Klinikum Landau-Südliche Weinstraße GmbH.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2012

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 25. Januar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Beigeordneter Klemm erläuterte die Vorlage. Er wies darauf hin, dass man ab dem nächsten Jahr die Vergleichszahlen der Vorjahre einarbeiten werde. Damit komme man einem Wunsch des Hauptausschusses nach. Der Forst müsse in diesem Jahr allein Abschreibungen von rund 114.000 Euro erwirtschaften. Zudem sei es das Ziel des Forstes, in den nächsten Jahren Gewinn für den städtischen Haushalt zu erwirtschaften. Er wies darauf hin, dass am 20. September 2012 ein Waldbegang geplant sei.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass man der Vorlage wie schon in den vergangenen Jahren nicht zustimmen werde. Dies liege aber nicht am Forst, sondern daran, dass nach wie vor freiwerdende Jagdreviere nicht überregional ausgeschrieben würden.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja-, und 2 Nein-Stimmen:

den Betriebsantrag für das Haushaltsjahr 2012 in der vom Forstamt vorgelegten Form.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Bebauungsplan C 33 "Am Bürgergraben" der Stadt Landau in der Pfalz, Aufstellungsbeschluss, (Gebiet in der Gemarkung Landau, östlich der Luitpoldstraße, südlich der Konrad-Adenauer Realschule Plus und westlich der Fortstraße)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 16. Februar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er verwies weiter auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 20. Februar 2012, der ebenfalls der Niederschrift beigelegt ist. Die Beratung der beiden Vorlagen erfolge gemeinsam.

Städte würden sich entwickeln und verändern, auch im baulichen Bereich. Man habe versucht, sich gemeinsam auf den Weg zu machen und den Menschen Perspektiven zu zeigen. Der Bürgergraben sei ein attraktives Gebiet. In diesem stadtnahen Gebiet werden voraussichtlich 10-15 Einzel- oder Reihenhäuser entstehen. Hierfür habe man bereits 116 konkrete Interessensbekundungen. Es werde nach klaren Kriterien im Losverfahren vergeben. Er habe mit dem Präsidenten der Universität, Herrn Professor Heiligenthal gesprochen. Dieser habe ihm mitgeteilt, dass die Universität keinen Bedarf an dieser Fläche habe. Die Universität werde der Entwicklung in diesem Gebiet nicht entgegenstehen. Man werde dort keine Versteigerung vornehmen, sondern sich an den Bodenrichtwerten orientieren. Alle anderen Spekulationen seien gegenstandslos.

Man müsse diese Einnahmen aus dem Verkauf der Grundstücke generieren, um beispielsweise eine zusätzliche Sporthalle an der Berufsbildenden Schule zu errichten.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion. Für sie sei dies ein Thema der sozialen Gerechtigkeit, den Menschen dort ihre Heimat zu erhalten. Die aufgezeigten Alternativen entsprächen nicht den Vorstellungen der Bürger. Der Bürgergraben sei ein sehr schönes Gebiet mit gewachsener Struktur. Wenn es diesen Bedarf an Einfamilienhäusern wirklich gebe, dann könne dieser auch andernorts befriedigt werden. Dieses städtische Gebiet sollte weiter erhalten bleiben für preiswerten und bezahlbaren Wohnraum. Dies wäre eine sozialpolitisch gute Entscheidung. Der Rat sollte dafür kämpfen, dass auch Mittel für den sozialen Wohnungsbau abgerufen werden. Hierfür gebe es einen europäischen Sozialfonds. Wenn man Menschen nun umsiedle, gebe dies auch einen Verdrängungswettbewerb, da diese Wohnungen dann nicht anderen sozial Schwachen zur Verfügung stünden. Sie sei auch dagegen, dies jetzt auszuspielen mit Argumenten, dass man dann keine Sporthalle an der Berufsbildenden Schule bekomme. Es gehe hier um eine sozialpolitische Entscheidung.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron hielt das Anliegen der Verwaltung für gerechtfertigt. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen. Stadtentwicklung sei ein wichtiger Teil dieser ganzen Operation. Die Gelder, die durch die Grundstücksverkäufe vereinnahmt werden, kämen der gesamten Bevölkerung zugute. Sie würden zielgerichtet eingesetzt und verschwinden nicht im Haushalt.

Man müsse auch fragen, ob der Antrag des UBFL nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung überhaupt gerechtfertigt und zulässig sei. Der Antrag enthalte keinen rechtlich machbaren Deckungsvorschlag. Die SPD-Stadtratsfraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Ratsmitglied Eichhorn erinnerte daran, dass die Bauleitplanung eine Pflichtaufgabe der Gemeinde sei. Kernpunkt dabei sei das Abwägungsgebot zwischen öffentlichen und privaten Belangen. Zu den öffentlichen Belangen gehörten beispielsweise die Belange des Umweltschutzes. Abzuwägen seien die berechtigten Interessen der Bewohner des Bürgergrabens, in ihrem angestammten Gebiet bleiben zu können und das ebenso berechnigte Interesse der Stadt, sich weiter zu entwickeln. Die CDU-Stadtratsfraktion sehe hier den Ausschlag zu Gunsten der Stadt. Erfreulicherweise habe die Verwaltung hier einen Umdenkungsprozess durchgemacht und erkannt, dass Arrondierungsgebiete zur Abrundung der städtebaulichen Entwicklung durchaus sinnvoll seien.

Den Umzug der verbliebenen drei Mietparteien in durchweg bessere Wohnungen halte man für zumutbar und sozial verträglich. Die Argumentation des UBFL, dass dort eine luxuriöse Bebauung entstehe, sei bewusst provokant gewählt, gehe jedoch am Planungskonzept vorbei. Zudem sei die



Thematik bereits im Werksausschuss des GML behandelt worden. Es sei auch kaum vorstellbar, dass europäische-, Bundes oder Landesmittel für die Sanierung des Bürgergrabens fließen, wenn gleichzeitig in der Stadt besserer und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen und den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion ablehnen.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass auch die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion den Antrag ablehnen werde. Man habe sich Gedanken gemacht über die Entwicklung in der Stadt Landau. Der Bürgergraben sei eines der letzten Gebiete, das noch entwickelt werden könne. Insgesamt sei es aber notwendig, mit den letzten verbleibenden Flächen nachhaltiger umzugehen. Eines komme aber in Landau eindeutig zu kurz, nämlich preiswerter bezahlbarer Wohnraum. Es sei an der Zeit, sich diesem Problem zu widmen. Wenn die UBFL den Antrag in einen Prüfauftrag zur Schaffung von sozialem Wohnraum umwandeln würde, könnte man dem Antrag zustimmen. Der Sitzungsvorlage werde die Bündnis 90/DieGrünen-Stadtratsfraktion ebenfalls nicht zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth konnte die Argumentation der UBFL nicht nachvollziehen. Es müsse die Frage erlaubt sein, ob es gerechter ist, wenn 3 Mietparteien in schlechter Wohnlage bleiben anstatt das wesentlich mehr Menschen dort in neuen Einfamilienhäusern leben können. Zumal für alle bisherigen Mietparteien wesentlich besserer Wohnraum gefunden werde. Man müsse zudem auch die Einnahmen betrachten, die durch den Verkauf der Grundstücke zu erzielen seien. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass die Vorlage der Verwaltung absolut zutreffend sei. Stadt und GML bräuchten das Geld und müssten an Einnahmen kommen. Daher müsse das Gelände vermarktet werden. Er sei sich sicher, dass mit den noch dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern fair umgegangen werde. Die Umsiedlung könne auch eine Chance für diese Menschen sein. 116 Interessenten für 15 Bauplätze würden zeigen, dass es ein großes Interesse an dem Gelände gebe. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu und lehne den Antrag der UBFL-Fraktion ab.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass heute eine gewisse Weichenstellung für dieses Gebiet erfolge. Es sei ja nicht so, dass nichts geschehen solle, sondern es solle ja auf jeden Fall etwas geschehen dort. Nur eben nicht so, wie es die Verwaltung wolle. Man wolle keine Einfamilienhäuser, sondern eine Sanierung des Gebietes. Daher würde ein Prüfauftrag, wie ihn die Grünen vorschlagen, zu kurz greifen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

- 1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau östlich der Luitpoldstraße, südlich der Konrad-Adenauer Realschule Plus und westlich der Fortstraße wird für die Entwicklung eines Wohngebietes gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan C 33 „Am Bürgergraben“ aufgestellt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der in der Begründung dargestellten Planungsziele durchzuführen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9.1. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Bürgergraben

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 20. Februar 2012, der dieser Niederschrift beigelegt ist. Die Beratung erfolgte gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 9. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mit 6 Ja-, 34 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, das städtische Gelände des Bürgergrabens zu nutzen, um preiswerten und bezahlbaren Wohnraum für Familien und bedürftige Einzelpersonen zu schaffen, wird abgelehnt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Anordnung des Umlegungsverfahrens zum Gewerbegebiet "Froschau" der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Vermessungsabteilung vom 7. März 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Doll teilte mit, dass der Ortsbeirat Queichheim die Vorlage bei Stimmgleichheit abgelehnt habe.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass er keinen Bedarf für ein weiteres Gewerbegebiet sehe, zumal das bestehende in D9 gerade einmal zu 54 % vermarktet sei. Mit dem geplanten Kreisell werde auch die Straßenführung keinesfalls verbessert. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Ratsmitglied Ellinghaus war der Auffassung, dass man strukturelle Probleme nicht immer durch weiteres Wachstum lösen könne. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage nicht zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

Auf Grund § 46 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. S. 2414) in der jeweils geltenden Fassung wird die Umlegung für das Baugebiet „Gewerbegebiet Froschau“ angeordnet. Der Umlegung liegt der zukünftige Bebauungsplan D 10 „Gewerbegebiet Froschau“ (gem. Bekanntmachung vom 20. Februar 2012) zugrunde.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

- 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächen-entwässerung im Bereich von Verkehrsanlagen im Stadtteil Godramstein**
- 2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau i.d.Pf. am beitragsfähigen Ausbauaufwand**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. Februar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung in den Straßen

- **Haingeraideweg**
- **Kirchstraße / Spitalgasse**

sind als beitragspflichtige Teileinrichtung dieser Verkehrsanlagen abzurechnen. Die Verkehrsanlagen sind in den beiliegenden Lageplänen dargestellt.

- 2. Der Anteil der Stadt Landau i.d.Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen wird mit 25 % festgesetzt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

- 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung im Bereich der Lerchenstraße im Stadtteil Dammheim**
- 2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau i.d.Pf. am beitragsfähigen Ausbauaufwand**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. Februar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung in der Lerchenstraße im Stadtteil Dammheim ist als beitragspflichtige Teileinrichtung abzurechnen.
Die Verkehrsanlage ist in dem beiliegenden Lageplan dargestellt.**
- 2. Der Anteil der Stadt Landau i.d.Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen wird mit 25 % festgesetzt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

- 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächen-entwässerung im Bereich der Verkehrsanlage Geißelgasse im Stadtteil Nußdorf**
- 2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau i. d. Pf. am beitragsfähigen Ausbauaufwand**

Ratsmitglied Pfaffmann war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. Februar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung in der Geißelgasse (K11) – zwischen Lindenbergstraße und der Walsheimer Straße (K11) - ist als beitragspflichtige Teileinrichtung abzurechnen. Die Verkehrsanlage ist in dem beiliegenden Lageplan dargestellt.**
- 2. Der Anteil der Stadt Landau i.d.Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen wird mit 25 % festgesetzt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

- 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächen-entwässerung im Bereich der Verkehrsanlage Landauer Straße (L 510) im Stadtteil Wollmesheim**
- 2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau i. d. Pf. am beitragsfähigen Ausbauaufwand**

Ratsmitglied Silbernagel war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. Februar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er verwies auf den Antrag des Ortsbeirates Wollmesheim, den städtischen Anteil von 25 auf 30 % zu erhöhen. Die Begründung des Ortsbeirates sei zwar durchaus nachvollziehbar, dennoch sei man zum Entschluss gekommen, dass der Anteil der Stadt bei 25 % bleiben solle.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung im Bereich der Verkehrsanlage Landauer Straße (L 510) im Stadtteil Wollmesheim ist als beitragspflichtige Teileinrichtung abzurechnen. Die Verkehrsanlage ist in dem beiliegenden Lageplan dargestellt.**
- 2. Der Anteil der Stadt Landau i. d. Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen wird mit 25 % festgesetzt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

- 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächen-entwässerung im Bereich der Verkehrsanlage Landwehrstraße in Landau i.d.Pfalz**
- 2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau i.d.Pf. am beitragsfähigen Ausbauaufwand**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. Februar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung in der Verkehrsanlage Landwehrstraße -zwischen Maximilianstraße und Ostbahnstraße- ist als beitragspflichtige Teileinrichtung abzurechnen.
Die Verkehrsanlage ist in beiliegendem Lageplan dargestellt.**
- 2. Anteil der Stadt Landau i.d.Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen
Der Anteil der Stadt Landau i.d.Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen wird mit 25 % festgesetzt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

3. Controllingbericht/Sachstandsbericht zur Stadtentwicklung Süd

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 6. März 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Wichtig dabei sei, dass der Zeit- und Kostenrahmen weiterhin eingehalten werde. In der vergangenen Woche sei zusammen mit dem Ministerpräsidenten der erste Baum auf dem Gartenschau Gelände gepflanzt worden.

Er teilte mit, dass der Stadtvorstand beschlossen habe, die als Nummer 27 der Maßnahmentabelle aufgeführte Brücke Süd-Ost herauszunehmen. Diese werde nicht gebaut. Dass nicht immer alles grade laufe, sei durchaus normal. Das Ausscheiden von Frau Hangen als Geschäftsführerin sei dabei bisher gut aufgefangen worden. In der Nachfolgefrage habe man bisher noch keine Entscheidung getroffen, da es nichts bringe hier einen Schnellschuss zu machen. Man werde zunächst eine Mitarbeiterin mit Prokura einstellen, die aber ganz klar die Perspektive auf die Stelle als Geschäftsführerin haben werde. Sein Vertrauen gehöre ganz klar Herrn Schmauder, die Stimmung im Team der LGS GmbH sei sehr gut. Die Berichterstattung der letzten Tage in der Allgemeinen Zeitung Mainz sei lanciert gewesen. Hierzu werde er sich aber öffentlich nicht äußern.

Alle Vergabeangelegenheiten für die Landesgartenschau liefen sauber und korrekt ab. Vergaben über 100.000 Euro werden von der Zentralen Vergabestelle begleitet. Dies sei im Sinne von Herrn Schmauder und mit ihm auch abgestimmt. Alle Vergaben unter 100.000 Euro werden von der Finanzverwaltung und der Kämmereiabteilung mitgezeichnet. Das Vier-Augen-Prinzip sei in jedem Fall gewährleistet.

Dass es aus der Zeit der Landesgartenschau in Trier dieses Ermittlungsverfahren gebe, sei nichts neues.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, seit wann der Oberbürgermeister von den Ermittlungen gegen Herrn Schmauder wusste und warum er den Rat nicht darüber informiert habe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er seines Wissens den Rat darüber informiert habe.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass man den Controllingbericht wohl zur Kenntnis nehme, aber nicht zustimmend. Zwar gebe es einige positive Bereiche wie beispielsweise den Park & Ride-Parkplatz, andererseits sei man gegen das Interessensbekundungsverfahren. Diese großen Flächen hätte man besser vermarkten können, anstatt nur mit einem Investor zu sprechen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass es ein öffentliches Interessensbekundungsverfahren gegeben habe, an dem jeder teilnehmen konnte. Wenn es nur einen Interessenten gebe, könne das nicht zum Nachteil für diesen sein. Die Erschließung des Gebietes laufe nicht gegen den Markt, sondern mit dem Markt.

Herr Kamplade ergänzte, dass es um eine Grundstücksfläche von ca. 35.000 qm gehe.

Herr Schmauder nahm aus seiner Sicht zu der Berichterstattung in der Allgemeinen Zeitung Mainz Stellung. Das Ermittlungsverfahren gegen 8 Personen laufe seit 2 ½ Jahren. Es gehe um den Anfangsverdacht der Untreue und des Subventionsbetruges. Das Verfahren gegen 2 Personen sei mittlerweile eingestellt. Zum laufenden Verfahren könne und werde er sich nicht äußern. Die Stadt Landau sei von Anfang an über das laufende Ermittlungsverfahren und den Sachverhalt informiert gewesen. Im wesentlichen gehe es um ein Vergabeverfahren am Anfang der Landesgartenschau in Trier. In Landau habe man ein klares Verfahren und einen Vergabeausschuss gebildet. Einen solchen Vergabeausschuss habe es im übrigen auch in Trier gegeben. Somit sei eine größtmögliche Transparenz gewährleistet.

Der Stadtrat nahm den Controllingbericht zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende teilte mit, dass er sich mit dem Hauptausschuss verständigt habe, dem Bezirksverband Pfalz nicht die Trägerschaft des Zoos anzubieten, sondern lediglich um eine finanzielle Beteiligung zu bitten. Insofern sei der Beschluss des Stadtrates vom 14. Februar 2012 abgeändert worden. Auch der Antragsteller habe zugestimmt.

Ratsmitglied Morio sprach die Veranstaltung zum Gedenken an die Bombardierung Landaus an. Es habe vorab eine klar abgestimmte Rednerliste gegeben. Von dieser sei Herr Dr. Ingenthron abgewichen, in dem er für alle Fraktionen gesprochen habe. Dies sei so nicht besprochen gewesen und er habe dafür kein Mandat seiner Fraktion gehabt. Er bitte Herrn Dr. Ingenthron, sich künftig an gemeinsame Vereinbarungen zu halten.

Ratsmitglied Eisold entgegnete, dass es der Initiative von Herrn Dr. Ingenthron zu verdanken sei, dass die Rechten nicht in der Innenstadt demonstrieren konnten.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron sagte, dass es sein Bestreben gewesen sei dies als eine Veranstaltung des Rates deutlich zu machen. Deshalb habe er einige Worte an die Anwesenden gerichtet. Sollte sich jemand dadurch zurückgesetzt gefühlt haben, bitte er hierfür um Entschuldigung.

Ratsmitglied Hott schilderte seine Eindrücke von der Kundgebung der Nazis. Die Situation habe eine bedrohliche Gefährlichkeit gehabt. Dies sei eine neue Dimension. Er habe noch nie so viel Angst gehabt wie in dieser Situation.

Ratsmitglied Dr. Migl lobte den besonnenen Einsatz der Polizei bei der Kundgebung der Rechten.

Ratsmitglied Schröer stimmte den Aussagen von Herrn Hott zu. Sie empfand die Rechten als äußerst brutal und gewaltbereit. Die Nazis seien von der vorgegebenen Route abgewichen und die Polizei sei teilweise überfordert gewesen.

Herr Tas hatte auch den Eindruck, dass die Polizei schlecht organisiert gewesen sei. Es sei eigentlich ein Wunder, dass nichts passiert sei. Dies seien regelrechte Horden gewesen.



Die Niederschrift über die 26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 20.03.2012 umfasst 28 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 163.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete